

Michael Lingenthal

Venezuela nach den Wahlen. Vor einer ungewissen Zukunft

Die Kongreß- und Präsidentschaftswahlen führen im Ergebnis zu einem völlig neuem politischen Kräfteverhältnis in Venezuela. Die Amtsübernahme durch den neuen Präsidenten, Hugo Chávez Frias („*Comandante Chávez*“) markiert den Versuch und Beginn einer tiefgreifenden Veränderung der Verfassung und der Gesellschaft des Landes.

■ Wahlmarathon

Am 8. November 1998 wählte Venezuela einen neuen Kongreß, d.h. Senat und Abgeordnetenhaus, für die Legislaturperiode 1999 bis 2004, bestimmte für die nächsten drei Jahre die Gouverneure der Bundesstaaten, wählte die Regionalparlamente und zum ersten Mal auch direkt die Mitglieder des *Parlamento Andino*.

Am 6. Dezember 1998 stellten sich Irene Sáez Conde und zwölf weitere Kandidaten zur Wahl für das Präsidentenamt.

Der Präsident und die Gouverneure wurden durch Persönlichkeitswahl in einem Wahlgang bestimmt, wobei die relative Mehrheit ausreichend ist. Die Abgeordneten werden in einer Mischung von Direkt- und Listenwahl ermittelt.

Änderung des Wahlgesetzes, um Chávez zu verhindern

Die Trennung der früher immer gemeinsamen Wahlgänge zu Kommunal-, Regional-, Kongreß- und Präsidentschaftswahlen war das Ergebnis einer Wahlrechtsreform, die vor allem von den seit 40 Jahren bestimmenden Parteien, der Sozialdemokraten (AD) und der Christdemokraten (COPEI), durchgesetzt wurde. Bestandteil der Wahlrechtsreform war auch

Mit dem Ausgang der Kongreß- und Gouverneurswahlen am 8. November und vor allem der Präsidentschaftswahlen am 6. Dezember 1998 wurde das politische System Venezuelas tief erschüttert. Die Sensation des zweiten Termins war die Wahl von Hugo Chávez Frias, der 1992 versucht hatte, durch einen Militärputsch die Macht zu übernehmen, zum Präsidenten. Die Vorbereitungen und der Wahlkampf der traditionellen Parteien konzentrierten sich darauf, einen Erfolg von Chávez zu verhindern, doch die Mittel, auf die man verfiel, blieben entweder wirkungslos oder waren kontraproduktiv. Der neue Präsident trat am 2. Februar 1999 sein Amt an; der erste Schritt auf dem Wege der von ihm angekündigten „demokratisch legitimierten Revolution“ soll die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung sein.

die Stärkung der nationalen Wahlbehörde *Consejo Nacional Electoral* (CNE), die Verminderung des Parteieneinflusses im Wahlprozeß sowie die Automatisierung der Ermittlung und Übertragung der Stimm-ergebnisse. Die Reform zielte einzig und allein darauf ab, die Wahlchancen des ehemaligen Putschführers vom 4. Februar 1992, Hugo Chávez Frias zu schmälern. Man kalkulierte ein dominierendes Ergebnis für AD und COPEI bei den Gouverneurswahlen, ein gutes Abschneiden für den Kongreß und wollte damit die Ausgangsposition von Chávez für die Präsidentschaftswahlen schwächen und war sich sicher, in diesem Wahlgang, in dem wie gesagt nur eine relative Mehrheit erforderlich ist, Chávez auf die Plätze verweisen zu können.

„*Con toda la malafé*“ stellte man sich vor, einen Erfolg von Chávez nicht politisch, sondern gewissermaßen durch Verfahrenstricks zu verhindern und vertraute zudem auf die in vielen Jahren bewährte Wahlkampforganisation, die *maquinaria*. Angesichts der Wahlergebnisse und des zuvor schon feststellbaren politischen Wandels eine totale Fehlkalkulation.

Wahlvorbereitungen und Wahlverlauf

Die Wahlvorbereitungen wurden unter sehr schwierigen Bedingungen getroffen. Für die Wahlen mußten in nur acht Monaten die Wählerverzeichnisse neu angelegt werden. Außerdem erfolgte Auswahl und Beschaffung der 7000 Auszählautomaten einschließlich der dafür notwendigen EDV. Dieser Vorgang war begleitet von zahlreichen Unregelmäßigkeiten. Ermittlungen, Klagen, finanzielle Rückforderungen und Entlassungen sind noch nicht abgeschlossen. Schließlich waren neue Wahlvorstände (ca. 130 000 Personen) für 8315 Wahllokale mit 22 000 Wahltischen zu bestimmen und die gesamte Logistik mit den Streitkräften abzustimmen. Abstimmungsberechtigt waren von den 23 500 000 Venezolanern 11 000 000.

Eine Herausforderung besonderer Art war für den Wähler nicht nur das neue Stimmverfahren, sondern der Stimmzettel selbst. Bis zu 92 Parteien bzw. Kandidaten waren pro Stimmzettel bei den Gouverneurswahlen am 8. November ausgedruckt. Jedes Feld war mit drei Miniovalen (4,5 x 2 mm) versehen, je ein Oval für Gouverneure, Direktkandidat und Partei für die Regionalparlamente. Der Stimmzettel für die

Kongreßwahlen enthielt eine ähnliche Feldfülle und pro Feld ebenso drei Ovale (Senat, Direktkandidat und Partei für das Abgeordnetenhaus).

Die Wähler konnten pro Wahl auf ihrem Stimmzettel jeweils ihre drei Stimmen unterschiedlich markieren. Insgesamt durften pro Stimmzettel aber nicht mehr als drei Ovale angekreuzt werden. Die Ovale hatten zueinander nur 5 mm Entfernung. Versehentliches markieren anderer Ovale machte den Stimmzettel ungültig.

Die Kombination von neuem Wahlverfahren, kompliziertem Stimmzettel, ungenügender organisatorischer Vorbereitung, Schwierigkeiten bei den Probe­läufen der Auszählautomaten, fehlender Schulung der Wahlvorstände sowie Mängel der Wählerverzeichnisse und Personalausweisausgabe (notwendig, um sich für die Wahlen zu legitimieren), ließ keinen ordnungsgemäßen Wahlverlauf erwarten. Viel zu kurzfristig und zu knapp war auch die Information der Wähler über die Modalitäten der Stimmabgabe.

Tatsächlich zeigen das Maß der Wahlenthaltung (45 Prozent) und die zahlreichen ungültigen Stimmen (15 Prozent), daß die Wahlen eigentlich nicht als mängelfrei zu bewerten sind. Der Wahlverlauf am 8. November war extrem schwierig. Nur die besondere Improvisationsgabe der Wahlvorstände, der korrekte Einsatz der Armee und die Geduld der Bevölkerung führten zu einem noch annehmbaren Ergebnis. Insofern ist der Wahlverlauf ein Beweis für die partizipative Substanz der Bevölkerung. Mit unermüdlicher Geduld erklärten die Wahlvorstände jedem einzelnen Wähler den Aufbau des Stimmzettels und den Ablauf der Stimmabgabe. Bei irrtümlichem Ankreuzen konnte ein Ersatzstimmzettel erhalten werden. Die notwendige Information, die komplizierte Stimmabgabe, der durch technische Mängel der Auszählautomaten bedingte Zeitaufwand, führten zu langen Warteschlangen vor den Wahllokalen. Diese sollten um 6.00 Uhr öffnen, in der Mehrzahl waren sie erst nach 8.00 Uhr arbeitsbereit. Um 16.00 Uhr schließen die Wahllokale, wenn nicht noch Wähler vor dem Wahlraum warten. Dies war in fast allen Lokalen der Fall. Der Wahlgang konnte daher erst kurz vor Mitternacht abgeschlossen werden.

Am 6 Dezember gab es zwar auch Verzögerungen im Wahlverlauf, jedoch kann bei den Präsidentschafts-

■ Tatsächlich zeigen das Maß der Wahlenthaltung (45 Prozent) und die zahlreichen ungültigen Stimmen (15 Prozent), daß die Wahlen eigentlich nicht als mängelfrei zu bewerten sind.

wahlen von einem ordentlichen Wahlverlauf gesprochen werden. Einerseits war das Verfahren den Wahlvorständen und Wählern generell bekannt, andererseits war nur eine Stimme abzugeben. Die höhere Wahlbeteiligung (65 Prozent) und die geringe Anzahl der ungültigen Stimmen (6 Prozent) verdeutlichen dies.

Bei beiden Wahlgängen übten die Streitkräfte eine besondere Rolle aus. Innerhalb des „*Plan Republica VIII*“ garantierten sie mit 72 000 Mann in 23 Militärdistrikten die Sicherheit und Ordnung des Wahlverlaufs, sie behoben organisatorische und logistische Probleme, sie waren über das Wahlgesetz informiert und übernahmen daher häufig eine Entscheidungs- und Schiedsfunktion, wenn die Wahlvorstände mit den neuen gesetzlichen Bestimmungen überfordert waren.

Wahlergebnisse

24 Prozent AD, zwölf Prozent COPEI, zehn Prozent Proyecto Venezuela, zwei Prozent *Convergencia* und 33 Prozent für *Polo Patriotico* (Wahlbündnis von Chávez mit drei Einzelfraktionen: MVR – Movimiento V. Republica, Partei von Chávez – 20 Prozent, MAS neun Prozent und PPT 3,5 Prozent) stellen die neue Kräfteverteilung im Senat dar. Nach Sitzen hat sich AD leicht verbessert, COPEI halbiert, *Convergencia* ist weiter abgefallen und Chávez stellt mit seiner Partei MVR die zweitstärkste Kraft im Senat. Mit geringen Unterschieden entspricht die prozentuale Stärke der Parteien im Abgeordnetenhaus dem Ergebnis des Senats.

■ 8. November 1998, Senat und Abgeordnetenhaus

Partei	Senat (8 Parteien)	Abgeordnetenhaus (20 Parteien)
AD	20 (15/16)	62 (44/55)
COPEI	8 (14/14)	27 (49/53)
PRVZL	4 (0/0)	20 (9/0)
CONVERG	3 (6/5)	4 (16/26)
CAUSA-R	1 (5/9)	7 (14/40)
MVR	12 (0/0) }Polo	45 (0/0) } Polo
MAS	5 (2/5) } Patriotico 18	18 (21/24) } Patriotico 70
PPT	1 (4/0) }	7 (22/0) }
Andere	3 (4/1)	17 (27/5)

Erläuterung zu den Klammern: Anzahl der Sitze am Ende der Legislaturperiode/Anzahl der Sitze nach der Wahl 1993. Die Veränderungen beruhen auf Parteübertritten und Fraktionsneubildungen.

Partei	Gouverneure (z.T. gewählt mit unterschiedlichen Parteibündnissen)
AD	8 (12)
COPEI	5 (3)*
PRVZL	1 (1)
CONVERG	1 (1)
CAUSA-R	1 (1)
MVR	1 (0)
MAS	3 (4)
PPT	3 (0)

■ 8. November 1998, Gouverneurswahlen

* (durch Tod eines Gouverneurs Neuwahl nötig, dabei keine Chance für COPEI)

AD	140/35 Prozent
COPEI	64/17 Prozent
PRVZL	21/ 5 Prozent
CONVERG	8/ 2 Prozent
CAUSA-R	12/ 3 Prozent
MVR	79/20 Prozent
MAS	41/10 Prozent
PPT	15/ 4 Prozent
Andere	11/ 3 Prozent

■ 8. November, 23 Regionalparlamente (Sitze/Prozent)

■ Bewertung der Ergebnisse des ersten Wahlgangs

Die Wahlen vom 8. November konnten im Ergebnis keine Partei zufriedenstellen. AD bildet zwar in beiden Kammern die stärkste Fraktion, konnte diesen Erfolg aber bei der Wahl des Kongreßpräsidiums nicht nutzen. Die Parteien des *Polo Patriótico* sowie *Proyecto Venezuela* und COPEI bildeten ein Wahlbündnis und ließen AD entgegen den bisherigen parlamentarischen Gepflogenheiten völlig außen vor.

Die Erosion der Christdemokratie setzte sich weiter fort. Sie hatte ihre Ursache auch in der Kandidatur von Präsident Caldera 1993. Seinerzeit war Caldera nicht als Präsidentschaftskandidat von COPEI aufgestellt worden und hatte daraufhin eine neue Partei, *Convergencia*, gegründet. 1998 geriet COPEI noch weiter unter Druck, weil der ehemalige Gouverneur des Bundesstaates Carabobo, H. Salas Römer, eine eigene Partei, *Proyecto Venezuela*, gründete.

Chávez hatte zunächst sein Wahlziel verfehlt, die Mehrheit in beiden Kammern, mindestens aber im Abgeordnetenhaus zu erringen. Mit kleinen Parteien erreichte sein Parteienbündnis aber über 30 Prozent der Sitze in beiden Kammern.

Damit ist das Parlament in drei etwa gleich große Gruppierungen aufgeteilt, Sozialdemokratie, Chávez und Christdemokraten. Diese Verteilung sagt jedoch

nichts über die tatsächliche Machtverteilung im Parlament. *Convergencia* bildet mit AD und Causa-R eine durchgehende Opposition zu Chávez, COPEI und *Proyecto Venezuela* treffen nach Bedarf Absprachen mit beiden Seiten, *Polo Patriótico* hat durch die Präsidentschaft von Chávez viel mehr politisches Gewicht, als der am 8. November erzielte Stimmenanteil erwarten ließ.

Allgemein wurden die Wahlen vom 8. November als erste Runde der Präsidentschaftswahlen gewertet. Der *Polo Patriótico* wurde die stärkste parlamentarische Kraft. Chávez hatte es als einziger verstanden, schon vor dem 8. November sein Wahlbündnis für alle Wahlen des Jahres zu schmieden. Während die anderen Parteien unter dem Druck hektischer Verhandlungen und der Suche nach einem gemeinsamen Kandidaten standen, konnte er in Ruhe die Mobilisierung seiner Wähler fortsetzen. Das öffentliche und unwürdige Gezerre um den Gegenkandidaten war zusätzlich Wasser auf die Mühlen von Chávez.

■ Ergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 6. Dezember 1998

Hugo Chávez Frias (Polo Patriótico und kleinere Parteien)	56 Prozent
H. Salas Römer (PRVZL, AD, COPEI, kleinere Parteien)	40 Prozent
Irene Sáez Conde (Partei IRENE und kleinere Parteien)	3 Prozent
L. Alfaro (Ex-Kandidat der AD)	0,4 Prozent
Andere	0,6 Prozent

Die Präsidentschaftswahl verzeichnete eine deutlich höhere Wahlbeteiligung (64 Prozent) und wesentlich weniger ungültige Stimmen (6 Prozent) als der Wahlgang am 8. November.

Dem erwarteten Wahlsieg von Chávez ging jedoch ein dramatischer und teilweise sehr unwürdiger Kandidatenwechsel auf seiten der Chávezgegner voraus.

■ Kandidatenwechsel der Altparteien

AD hatte als Präsidentschaftskandidaten seinen ehemaligen Generalsekretär, L. Alfaro, nominiert. Alfaro galt als ausgezeichnete Organisator der Partei und war nach dem Präsidenten der politisch wichtigste Politiker im Land. Mit seiner Kandidatur verhinderte er einen offenen Streit um die Präsidentschaftskandi-

datur. Zu keiner Zeit aber fand er genügend Unterstützung in der Bevölkerung; selbst Teile seiner eigenen Partei versagten sich ihm.

Ähnlich war der Weg von Irene Sáez Conde. Von der Parteispitze in einer Kampf abstimmung gegen den COPEI-Präsidentschaftskandidaten von 1988, Dr. Eduardo Fernández, durchgesetzt, konnte sie nie die volle Unterstützung der COPEI gewinnen. Vielmehr wurde sie aus der Partei heftiger angegriffen als von allen Gegenkandidaten. Die Parteiführung hatte auf die großen Sympatiewerte von Irene Sáez gesetzt und wollte mit dieser Kandidatur einer Unabhängigen neue Wählerschichten, besonders Frauen und junge Menschen, gewinnen.

Weitere Kandidaturen u.a. des ehemaligen Planungsministers Miguel Rodríguez und des AD-Präsidentschaftskandidaten von 1993 (jetzt mit eigener Partei-neugründung), Claudio Fermín, waren aussichtslos, obwohl gerade diesen beiden Kandidaten die größte Qualifikation zugesprochen wurde. Rodríguez landete restlos abgeschlagen bei 20 000 Stimmen, Fermín gab nach dem für seine neue Partei völlig enttäuschenden Parlamentswahlergebnis auf.

Geprägt war die letzte Phase des Parlamentswahlkampfes durch einen „Krieg der Umfragen“. Unangefochten blieb Chávez bis zuletzt an erster Stelle, mit einem Abstand von je nach Institut zwei bis 15 Prozent vor dem Zweitplazierten. Die Umfragewerte von Salas Römer stiegen von Juli (sechs Prozent) bis Dezember (40 Prozent). Irene Sáez' Zustimmungswerte fielen beständig, von 50 Prozent Anfang 1998 auf drei Prozent Ende November 1998. Alfaro blieb ebenfalls völlig aussichtslos bei sechs bis acht Prozent zurück.

Die Altparteien und Salas Römer gingen in die „Umfragefalle“, die sie selbst gestellt hatten. Sie hatten Politik durch Umfragewerte ersetzt und dabei dem politischen Frontalangriff von Chávez nichts entgegenzusetzen. Nach der Logik der Umfragepolitik war abzusehen, daß AD und COPEI ihre Kandidaten fallen lassen und zu Salas Römer wechseln würden. Der Wechsel selbst, erst wenige Tage vor den Wahlen vollzogen, gestaltete sich quälend und unwürdig. Salas Römer, zuvor sowohl von AD als auch von COPEI heftig angegriffen, war nun in der „Stunde der Gefahr für die Demokratie“ die Lichtgestalt, die

■ Die Altparteien und Salas Römer gingen in die „Umfragefalle“, die sie selbst gestellt hatten. Sie hatten Politik durch Umfragewerte ersetzt und dabei dem politischen Frontalangriff von Chávez nichts entgegenzusetzen.

Venezuela vor Chávez retten sollte. Beide Parteien betonten, daß es ihnen allein um die Erhaltung der Demokratie gehe und alle persönlichen und Parteiinteressen hinter diesem Ziel zurückstehen müßten. Zuerst rief AD und zwei Tage später auch COPEI zur Stimmabgabe für Salas-Römer auf. AD mußte seinen ehemaligen Generalsekretär zuvor noch wegen Mißachtung von Parteibeschlüssen aus der Partei ausschließen, damit die Stimmzettel mit AD-Logo, aber dem Konterfei Alfaros, auch für Salas Römer gezählt werden konnten. Damit hatten die Sozialdemokraten einem ihrer wichtigsten Führer, der für seine Überzeugungen Gefängnis und Exil erlitt, einen Fußtritt gegeben. Irene Sáez Conde hatte von sich aus auf das COPEI-Ticket verzichtet, war aber allein mit einem kleinen Parteienbündnis angetreten.

Für Chávez war diese Entwicklung in zweifacher Weise hilfreich. Erstens konnte er mit Hohn auf den *Polo Corrupto* verweisen und gratulierte Salas Römer, daß er es geschafft habe, „alle korrupten Altparteien des *Punto Fijo*“ unter seinen Hut zu bringen, und zweitens konnte er damit – und mit den Meinungsumfragen, die ein Patt zwischen ihm und Salas Römer vorhersagten und von diesem großzügig verbreitet wurden – seine eigene Anhängerschaft noch zusätzlich motivieren.

■ Eine neue politische Landschaft

Das Ausmaß der politischen Verschiebungen in Venezuela läßt sich anhand der absoluten Stimmzahlen der drei Wahlgänge verdeutlichen. Auffallend ist, daß der Kandidatenwechsel in letzter Minute weder COPEI noch AD Vorteile gebracht hat. Weiter wird deutlich, daß die Gouverneurswahlen vom allgemeinen Trend abweichen, weil die Wähler hier die Bürgernähe der Kandidaten honorierten. COPEI gelang es durchweg nicht, die relativ guten Ergebnisse ihrer Gouverneurskandidaten für die Parlamentswahlen wirksam werden zu lassen, obgleich am gleichen Tag gewählt wurde. Ähnlich lag es bei AD im Verhältnis zu den Präsidentschaftswahlen.

Partei (Auswahl)	Stimmenzahl (gerundet)			
	Abgeordnetenhaus	Senat	Gouverneure	Präsident
AD	1 195 000	1 246 000	1 376 000	590 000
COPEI	594 000	620 700	754 500	140 000
PRVZL	518 000	519 000	288 200	1 890 000
MVR	986 000	1 008 700	705 400	2 625 000
MAS	440 600	466 000	519 000	590 000
PPT	171 000	171 500		143 000
PCV*	25 000		82 000	

*PCV = Partido Comunista Venezuela.

Nach Kandidaten:

H. Chávez Frias	3 670 000	(56,20 Prozent)
H. Salas Römer	2 610 000	(39,97 Prozent)
Irene Sáez Conde	185 000	(2,82 Prozent)
		(mehr Stimmen als COPEI)
L. Alfaro	27 500	(0,42 Prozent)

■ Gr unde f r den Erfolg von Salas R mer und Ch vez

Wie ist der Erfolg von Chávez möglich, wie konnte Salas Römer trotz minimaler Ausgangsbasis trotzdem 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinen?

Proyecto Venezuela – Kampagnenpartei modernen Stils

Salas Römer ist mit seinem *Proyecto Venezuela* nur im Bundesstaat Carabobo wirklich verankert. Sein ältester Sohn hat 1995 seine Nachfolge als Gouverneur angetreten, sein jüngerer Sohn kümmert sich um die Partei und besonders um die Jugend. Das Parteikonzept von Salas Römer ist modern ausgerichtet. Ohne großen ständigen Apparat basiert es vor allem auf lokalen Freundes- und Nachbarschaftsgruppen. Mehrere dieser Gruppen werden von einem Parteiverantwortlichen betreut, der die inhaltliche und öffentlichkeitswirksame Ausrichtung steuert. Organisation und Finanzierung liegt weitgehend in Verantwortung der Einzelgruppen. Es ist also eine Organisationsform, bei der sich Interessierte temporär und lokal flexibel einsetzen können. Mitgliedschaft in einer Partei und langatmige interne Parteimitwirkung sind nicht erforderlich. Salas Römer hat bewußt die Medienarbeit in den Vordergrund gestellt. Inhaltlich will er an die guten Leistungen in seinem Bundesstaat (Wirtschaftsförderung, Erziehungs- und Gesundheitswesen, Sicherheitslage) anknüpfen. Als abzusehen war, daß Chávez sie-

gen könnte, setzte auch Salas Römer auf einen *cam - bio radical* und auf Korruptionsbekämpfung. Salas Römer hat zudem den parteiinternen Streit um die jeweiligen Spitzenkandidaturen bei AD und COPEI ausgenutzt und in beiden Parteien den persönlichen Kontakt zu den Gegnern der Kandidaten gepflegt. Er hat vor allem die Ober- und Mittelschichten erreicht und in entwickelten Regionen Erfolge erzielt.

Movimiento V. Republica – straffe Partei mit eindringlicher Botschaft

Chávez hat mit seinem Movimiento V. Republica den genauen Gegenentwurf zu Salas Römer verwirklicht. Seine Partei ist straff gegliedert und geführt und weist eine doppelte Struktur auf. Einmal richtet sich die Partei nach der politischen Gliederung (Kommune, Region, Staat), dann aber auch nach der gesellschaftlichen Struktur (Nachbarschaft, Wohnviertel, Stadtzone, Stadt, Region, Nation). Chávez zielt darauf ab, den politischen Erfolg in den Institutionen und in der Gesellschaft zu verankern. Ein Ziel ist, Einfluß auch auf die kleinsten Gemeinschaften zu nehmen. Neben der zivilen Parteistruktur gibt es offensichtlich auch eine militärisch gegliederte Organisationsebene. Sie wird von ehemaligen Soldaten und Putschbeteiligten geführt.

Chávez ist lange Zeit unterschätzt worden. „Er war ja nicht einmal fähig, während des Putsches den Präsidentenpalast zu finden“, lautete eines der geringschätzigen Urteile. Die Ignoranz und der Verlust des Bezugs zur Bevölkerung bei vielen Politikern kam Chávez gelegen. Von den Regionen her baute er seine Partei auf. In fast jedem Ort steht heute die *Casa V. Republica* und ist ein lebendiger Treffpunkt. Praktische Nachbarschaftshilfe (z.B. Wasserversorgung oder Fahrtendienste) wird organisiert. Die Partei ist längst nicht mehr die Partei der Unterschichten. Sie ist auch in der Ober- und Mittelschicht erfolgreich. Chávez hat es verstanden, an Brennpunkten, in organisationschwachen Einheiten seiner Partei Berater einzusetzen, die der Partei zum Erfolg verhalfen. Viele von ihnen kommen aus der Mittelschicht, die in besonderer Weise einen wirtschaftlichen und sozialen Niedergang erlitten hat, von Chávez Besserung erhofft und sich für ihn engagiert.

Chávez hat der Korruption und den Altparteien den Kampf angesagt und will die „Schande des

Zustandes von Venezuela” beenden. Er beherrscht die Masse, das Volk ist sein politisches Druckmittel, und doch gibt er dem Einzelnen das Gefühl, wichtig und etwas wert zu sein. Ob einstudiert oder echte Zuwendung, er findet für alle Schichten und für jede Person ein Wort oder eine Geste der Aufmunterung und Wertschätzung. Diese persönliche Kommunikationsfähigkeit hat er entscheidend und erfolgreich zum Aufbau seiner straffen Partei eingesetzt.

Kandidaten im Vergleich

So grundverschieden wie die beiden Parteistrukturen sind auch die Kandidaten. Salas Römer, 63 Jahre, graumeliert, deutlich, fast arrogant, ein Mann der Oberschicht. Chávez, 44 Jahre, ein Mann aus dem Volk, dessen große Fähigkeit es ist, eindringlich, emotional und einfach zu sprechen. Beide sind national geprägt und versuchen das boliviarische Erbe für ihre Politik zu nutzen. Als Salas Römer mit seinem Schimmel Frijolito (kleine Bohne) und 3000 landesweit herbeigefahrenen Pferden und Reitern durch Caracas galoppierte (Schimmel und Streitmacht in Anlehnung an Simón Bolívar), hatte Chávez für dieses symbolbefrachtete Pathos nur Spott übrig. Er zielt mit starken, beschwörenden Worten auf den Bolívar, der gerecht und mit letztem Einsatz Einheit und Erneuerung schuf.

■ Ch vez, 44 Jahre, ein Mann aus dem Volk, dessen große Fähigkeit es ist, eindringlich, emotional und einfach zu sprechen.

Ständiger Wechsel von Initiative und Angriff – Erfolgsrezept von Hugo Chávez

Welches waren weitere Gründe für den Erfolg von Chávez und den Mißerfolg seiner Gegner? Zunächst hat Chávez ständig die politische Initiative ergriffen. Von den Themen, die nicht außenbestimmt waren, z.B. Ölpreis oder internationale Börsen- und Finanzkrise, hat er alle selbst ins Spiel gebracht. Seine Konkurrenten reagierten lediglich und konnten nie die Initiative ergreifen. Chávez hat eine einschneidende Änderung der Verfassung im Rahmen einer Verfassungsgebenden Versammlung (*Constituyente*) angekündigt. Sein Ziel ist es, das traditionelle Parteienmonopol zu brechen und den *Punto Fijo* endgültig zu beenden. Nach zuerst völliger Ablehnung dieses undemokratischen Vorhabens, dann der Bestätigung, daß eine tiefgreifende Reform der Verfassung notwendig sei, sind jetzt viele seiner Gegner bei der *Constituyente*

■ **Zentraler Punkt seiner Botschaft war der Kampf gegen die Korruption, gegen den *Polo Corrupto*.**

angekommen und unterstützen das Vorhaben. Chávez hat angesichts der ersten allgemeinen und heftigen Ablehnung eben nicht sein Vorhaben modifiziert, sondern vielmehr – besonders gegen Ende des Wahlkampfes – seinen Druck verstärkt.

Zentraler Punkt seiner Botschaft war der Kampf gegen die Korruption, gegen den *Polo Corrupto*. Alles in Venezuela ist korrupt, die Justiz, der ineffiziente öffentliche Dienst, die Parteien, die Gewerkschaften, jeder Lebensbereich. Chávez hat dafür gesorgt, daß sich alle Mitbewerber darin übertrafen, die Korruption zu geißeln und Abhilfe zu versprechen. Vor allem auch die Politiker, die für dieses korrupte System verantwortlich sind, unter deren Führung die Korruption sich ausbreiten konnte. Auch hier wieder lag die Initiative bei Chávez, die übrigen ahmten ihn nach, auch dann, wenn sie als Vertreter des Altsystems dabei reichlich unglaubwürdig waren.

Der Demokratie von *Punto Fijo* galten seine besonderen Angriffe. Er zielte dabei besonders auf die Institutionen ab, die in der öffentlichen Meinung Venezuelas am schlechtesten abschneiden. Nach einer Umfrage von *Consultores* 21 vertrauen nur 16 Prozent den Parteien und nur zwölf Prozent den Gewerkschaften, hingegen mißtrauen 84 Prozent den Parteien und 86 Prozent den Gewerkschaften. Nicht besser steht es um das Ansehen der Justiz (18 Prozent zu 81 Prozent). An erster Stelle des Vertrauens steht das Volk selbst (75 Prozent zu 24 Prozent). Chávez forderte folglich die Rückgabe der Macht an das Volk mit Hilfe der „vierten Gewalt, der öffentlichen Moral“. Die Venezolaner geben an, die Demokratie einem autoritären System vorzuziehen (85 Prozent). Sie verstehen aber Demokratie eher als Freiheitsrecht und stehen auf absolutem Kriegsfuß mit wichtigen Prinzipien einer demokratischen Ordnung: 75 Prozent lehnen eine Mehrheitsentscheidung ab, wie eine weitere Studie des Instituts ergibt. Die Demokratie ist für viele, vor allem für Junge – und Venezuela ist ein sehr junges Volk – nur ein Synonym für Ämterpatronage, Bereicherung und Mißwirtschaft.

Vor diesem Hintergrund war es für Chávez leicht, zu einer Säuberung des Staates und zur Schaffung einer „wirklichen Demokratie“ sowie einer Justiz „im Interesse des Volkes“ und einer „demokratisch legitimierten Revolution mit tiefgreifendem Wandel“ auf-

zurufen. Die konkurrierenden Parteien wollten einerseits Chávez im Ankündigen von Korruptionsbekämpfung und *Cambio* fast noch übertreffen, andererseits die Demokratie verteidigen. Diese Zielrichtung war nicht erfolgreich, weil diejenigen, die über 40 Jahre das Land regiert hatten, nun plötzlich den grundlegenden Wechsel versprachen und andererseits zur Verteidigung der Demokratie aufriefen. Die Bevölkerung verstand dies als Ausdruck des Wunsches nach Rettung der alten Pfründe und entschied sich bei den Präsidentschaftswahlen lieber für das Original des Wandels als für die Kopie.

■ **Satanisierung der Vergangenheit – Fehlschlag in der Gegenstrategie**

Der Ansatzpunkt für die Propaganda gegen Chávez war natürlich seine Vergangenheit. Medien- und Bürgerinitiativen, Parteien und Zeitungen verbreiteten die eindringlichen Bilder des Putsches vom 4. Februar, erinnerten an die Toten und Verwundeten, an den Hochverrat. Hatte diese Strategie Erfolg? Sicherlich bestätigte sie die Gegner von Chávez in ihrer Ablehnung und motivierte sie zur Stimmabgabe. In breiten Bevölkerungsschichten jedoch verpuffte diese Medienoffensive. Die überwiegende Mehrheit der Venezolaner fand den Putsch vom 4. Februar und 27. November gerechtfertigt, weil seinerzeit die verhaßte Regierung von Carlos Andrés Pérez abgelöst werden sollte. Mehr noch. Wieder nach Umfragen sind 85 Prozent der Venezolaner für Demokratie, 80 Prozent aber wünschen einen Präsidenten, der das Land mit starker Hand lenkt. Chávez lehnen rund 30 Prozent der Bevölkerung ab und würden ihn nie wählen (die Ablehnung wird oftmals überbewertet, so als ob sie gleichbedeutend mit Niederlage sei), aber 75 Prozent sind der Meinung, daß er gerade durch den Putsch bewiesen habe, daß er ein Mann der Tat ist und eine energische Regierung führen kann.

So zielten mehrere Versuche, die öffentliche Meinung gegen Chávez zu stimmen, ins Leere, bestärkten vielleicht nur die sowieso schon Überzeugten von Salas Römer. Ein wirklicher Einbruch in die Wählerschichten von Chávez gelang nicht.

Trotzdem bleibt eine zentrale Frage bis heute unbeantwortet. Warum wurde das Strafverfahren gegen Chávez von Präsident Caldera per Erlaß eingestellt?

Ein einmaliger Vorgang in der Rechtsgeschichte. Bei einer Verurteilung und anschließenden Begnadigung hätte Chávez nicht kandidieren können. Vermutet wird, daß Caldera seiner Linie der inneren Versöhnung folgte, mit der er bereits erfolgreich während seiner ersten Präsidentschaft die Guerilla beendete, oder daß er der pragmatischen Überzeugung war, daß Chávez außerhalb des Gefängnisses ungefährlicher denn als Märtyrer eines gerechten Putsches im Gefängnis sei. Mit Sicherheit wird es hochinteressant, falls Caldera sich eines Tages über seine tatsächlichen Motive äußern sollte.

■ **Rolle der Mitbewerber nach der Wahl**

Was machen die Mitbewerber von Chávez? Salas Römer führt *Proyecto Venezuela* und steht vor der schwierigen Aufgabe, tatsächlich eine Partei zu schaffen. Die nächsten Kommunalwahlen sollen dazu das Mittel sein. Er hat kein politisches Amt. In der Öffentlichkeit tritt daher immer mehr der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Alberto Franceschi, in Erscheinung.

Alfaro hält sich grollend in den USA auf. Eine Erfüllung seines Wunsches nach Rückkehr in die Partei ist nicht in Aussicht. Bitter für einen Mann, der seiner Partei so große Opfer gebracht hat.

Irene Sáez Conde ist Kandidatin des MVR für die Gouverneurswahl im Bundesstaat Nueva Esparta. Die Unterstützung von COPEI hat sie sich verboten. Sie geht einen schweren Gang als nicht in Margarita beheimatete Seiteneinsteigerin. AD wird alles daran setzen, um diesen Bundesstaat zu gewinnen und Chávez damit eine Schlappe beizubringen.

■ **Regierungsbernahme in einem desolaten Land**

Chávez hat am 2. Februar die Regierung in einem desolaten Land übernommen. Die Finanzsituation ist schwierig, für 1998 ist eine Haushaltslücke von acht Milliarden US-Dollar zu schließen, und für das Jahr 1999 ist keine Besserung in Sicht. Die Inflation lag 1998 bei 30 Prozent, die Arbeitslosigkeit bei 20 Prozent. 80 Prozent der Bevölkerung leben in Armut. Das Bevölkerungswachstum ist ungebrochen. Die Infrastruktur im Bildungs- und Gesundheitswesen reicht schon jetzt nicht aus, erst recht nicht für die

■ **Die Inflation lag 1998 bei 30 Prozent, die Arbeitslosigkeit bei 20 Prozent. 80 Prozent der Bevölkerung leben in Armut.**

schnell nachwachsenden Generationen. Venezuela ist unverändert von der Ölpreisentwicklung abhängig. Mittelfristig ist nicht zu erwarten, daß er auf das Niveau steigt, welches die Vorgängerregierung kalkulierte, um ihren Verpflichtungen nachzukommen (14 US-Dollar pro Barrel, der Preis liegt jetzt bei ca. 8,5 Dollar). Die Bevölkerung erwartet schnelle Erfolge und eine tatsächliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage. Stellt sie sich nicht ein, wird Chávez „so schnell vom Pferd gezerrt, wie er in den Sattel gehoben wurde“. Chávez baut vor. Immer wieder betont er die desolate Lage des Landes. Er hat keine Scheu, dies bei seiner Amtsübernahme auch vor der versammelten Weltöffentlichkeit zu tun. Nichts wird beschönigt. Venezuela ist nicht das beste Land von allen, sondern es ist eine Schande, wie das Land heute dasteht. Chávez versucht Erwartungen zu mindern. Nicht alles kann gleich, nicht alles ausreichend, nicht alles zufriedenstellend verbessert werden. Aber er vermittelt auch Tat- und Entschlußkraft. Arme, Studierende und arbeitslose Ausgebildete sollen ab sofort im Kampf gegen die Armut eingesetzt werden. Eine Mischung von kubanischen Brigaden und Peace Corps sowie freiwilligem Arbeits- und Sozialdienst ist in Sicht. Noch am Tag der Regierungsübernahme werden Aufträge erteilt. Die Bevölkerung soll spüren, hier ist ein Präsident, der die Agonie der Vergangenheit überwindet.

Für den neuen Präsidenten ist die Krisensituation nicht unwillkommen. Je tiefer die Krise desto besser kann er die Notwendigkeit des revolutionären Wandels begründen, mit den Altparteien abrechnen und unpopuläre Entscheidungen treffen. Die Ankündigung einer Erhöhung der Gehälter des öffentlichen Dienstes um „nur“ 20 Prozent ab Mai 1999 bleibt weit hinter den Erwartungen seiner Klientel zurück. Sie bedeutet nicht einmal einen Inflationsausgleich. Chávez kann immer wieder auf die katastrophale Hinterlassenschaft der Vorgängerregierung und auf die ausgeplünderten öffentlichen Kassen verweisen. Einige Zeit wird dieses Argument ausreichen, um eine Balance zwischen Wünschen und fiskalischen Möglichkeiten zu finden.

■ Demokratisch legitimierte Revolution

Was planen und was tun Chávez und die Opposition angesichts dieser Lage? Aufschlußreich war schon

■ Für den neuen Präsidenten ist die Krisensituation nicht unwillkommen. Je tiefer die Krise desto besser kann er die Notwendigkeit des revolutionären Wandels begründen, mit den Altparteien abrechnen und unpopuläre Entscheidungen treffen.

die Phase vor der Amtsübergabe. Chávez hatte in einer internationalen Pressekonferenz noch am Wahlabend erklärt, daß zum ersten Mal in der Geschichte eine Revolution in freien Wahlen demokratisch legitimiert wurde. Er will diese Veränderung mit Hilfe der *Constituyente* durchsetzen. Dazu berief und vereidigte er schon vor seiner Amtsübergabe eine *Comisión Presencial Constituyente* (CPC). Ihr gehören neben Gefolgsleuten auch Unabhängige und der ehemalige COPEI-Präsidentschaftskandidat Alvarez Paz sowie der frühere Direktor der staatlichen Reformbehörde (COPRE), Combellas, an. Wie Chávez über die bestehende Verfassung denkt, darüber ließ er den Kongreß und zwölf ausländische Staatschefs nicht im Zweifel: „Ich schwöre vor Gott, vor dem Vaterland, vor meinem Volk und vor dieser sterbenden Verfassung, daß ich das für eine demokratische Transformation Notwendige tun werde, damit die Republik eine neue, den Zeiten gemäße Verfassung erhält. Das schwöre ich“. Kein Protest des Kongresses, nur, Präsident Caldera legte seinem Nachfolger nicht wie sonst üblich die Amtsschärpe um, sondern überließ diesen Akt dem Kongreßpräsidenten.

Das „System Chávez“ funktioniert ohne Gewaltanwendung. Politischer Druck ist ausreichend. Chávez hat bewiesen, daß er auch vor einem Staatsstreich nicht zurückschreckt. Er hat gezeigt, daß er aus schlechter Position heraus eine schlagkräftige und überall im Lande präse Partei aufbauen kann. Es reicht, daß er Reizthemen besetzt und androht, die Entscheidung direkt beim Volk und nicht im Parlament zu suchen. Er sucht gezielt Verbündete aus starken Gruppen (Armee, Medien). Er hat die Opposition durch Ämterbeteiligung gespalten und AD erst einmal im Parlament isoliert. Vor allem aber versucht er davon zu überzeugen, daß es ihm nicht um sein persönliches Schicksal, sondern um das des Landes gehe.

■ Initiative für die Verfassunggebende Versammlung

Im Wahlkampf und zur Eröffnung der neuen Parlamentsperiode am 23. Januar noch hatte Chávez erklärt, ein Referendum zur Einberufung der *Constituyente* am 15. Februar auf den Weg zu bringen, wenn der Kongreß nicht kooperativ sein werde. Jetzt

hat er das Dekret vorgezogen und bereits am 2. Februar unterzeichnet. Einen Tag, bevor beide Kammern des Kongresses über den Inhalt des Referendums und über die Kooperationsmöglichkeit mit dem Präsidenten beraten wollten. Besonders sind die beiden Fragen zu beantworten (nur mit ja oder nein): 1. Sind Sie einverstanden mit einer *Constituyente*, mit dem Vorschlag der Transformation des Staates und der Schöpfung eines neuen Rechtsrahmens, der ein effektives Funktionieren einer partizipativen sozialen Demokratie ermöglicht? 2. Autorisieren Sie den Präsidenten, daß ein Regierungsakt festlegt, die Meinung des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Sektors zu hören und die Grundlagen des Auswahlverfahrens festzulegen, mit denen die Mitglieder der *Constituyente* gewählt werden?

Dieses Referendum wird als Ermächtigung gesehen, daß Chávez eine Verfassungsgebende Versammlung durch persönliche Auswahl bestimmen kann. Eine Klage vor dem Obersten Gerichtshof wird kommen. Die Lage wird kritisch, falls abzusehen ist, daß Chávez mit einem Urteil gegen sein Vorhaben rechnen muß.

Das Parlament hat zwei Tage beraten und will auf der einen Seite die notwendigen Verbesserungen der Verfassung ermöglichen, auf der anderen Seite das Referendum nicht in dieser Form passieren lassen. Chávez ist sich seiner Sache sicher. Er glaubt, die Moral und den Willen des Volkes auf seiner Seite zu haben. Er verhöhnte das Parlament, daß nur im Kongreßgebäude diskutiere: „Gehen Sie raus, an der nächsten Ecke des Kongresses ist das richtige Leben, hören Sie mehr auf das Volk.“ Und: „Mich interessiert der Kongreß nicht, mich interessiert nur die Volksmeinung,“ Zwei Aussagen, die belegen, welche Meinung Chávez von der gesetzgebenden Gewalt hat.

■ Nächster Schritt – Rehabilitierung der Putschisten

Noch während der Kongreß das Referendum diskutierte, ergriff Chávez erneut die Initiative. Nur nicht den Gegner zur Ruhe kommen lassen, ständig die Initiative zu behalten – das scheint sein Rezept zu sein. Am 4. Februar forderte er während der Militärparade zu seinem Amtsantritt, daß die verurteilten und gemaßregelten Soldaten des 4. Februar und 27.

■ Dieses Referendum wird als Ermächtigung gesehen, daß Chávez eine Verfassungsgebende Versammlung durch persönliche Auswahl bestimmen kann.

November 1992 wieder in die Armee aufgenommen werden sollten. Er sprach von den Opfern des Putsches und bat um Verzeihung für diese Opfer. Er stellte aber auch klar, daß der Putsch gerechtfertigt und kein Unrechtsakt war. Die Reaktion der seinerzeit degradierten Offiziere blieb nicht aus. Sie fordern eine Rückkehr in die Armee mit Beförderung und Anrechnung von Dienstzeiten, als ob sie immer in der Armee verblieben und weiter befördert worden wären. Chávez stellt schlicht fest, daß durch seine Präsidentschaft die Einheit der Armee und die Einheit der Armee mit dem Volk wiederhergestellt sei und nie mehr aufgelöst werden dürfe. Er legte die Militärparade bewußt auf den Jahrestag seines Putsches und nicht, wie sonst üblich, auf den Tag der Amtsübergabe und zwang so auch die Armeeangehörigen, die ihn und seine Gefolgsleute seinerzeit besiegt hatten, zur öffentlichen Ehrerbietung an diesem Tag. Es bleibt abzuwarten, ob und wie lange die Armee diese Spannungen aushält. Zunächst einmal wird sie in den Dienst der Sanierung und Modernisierung gestellt. Bereits jetzt soll eine *brigada social* einsatzbereit sein. Sie wird – zusammen mit Freiwilligen – die Infrastruktur verbessern und Gesundheitsdienste leisten.

■ **Beteiligung des Militärs**

Das Militär und ehemalige Militärs entwickeln sich rasch zur tragenden Stütze von Chávez' Politik. Im Kabinett sind vier ehemalige Offiziere, der Gouverneur des Hauptstadtbezirks (er wird vom Präsident ernannt, nicht wie die anderen Gouverneure gewählt) ist der Anführer des 27. November 1992. In den Ministerien haben Offiziere, wie es heißt, administrative Aufgaben übernommen. In allen Vorbereitungskommissionen zwischen alter und neuer Regierung waren Militärs vertreten, auch bei den „weichen“ Politikthemen und bei nachgeordneten Institutionen, wie dem Frauenrat. Besonnene Politiker sehen die Gefahr einer Militarisierung der Politik. Sie schließen nicht aus, daß die Rolle des Militärs noch umfassender wird, wenn politische oder soziale Widerstände gegen Chávez stärker werden und ihn in seinen Revolutionsplänen behindern sollten. Zweifellos sind die heutigen Stabsoffiziere keine auf Kriegführung versessenen Militärs. Sie haben in der Regel studiert und haben

ausreichende Praxiserfahrung in technischen und administrativen Fragen.

Expräsident Caldera hatte noch vor den Wahlen vom 8. November die Streitkräfte aufgefordert, den ordnungsgemäßen Wahlverlauf zu garantieren und zu prüfen, ob die neue Politik verfassungsgemäß handle. Die alte Armeeführung hatte beide Aufgaben übernommen. Wie wird sich die neue Armeeführung in diesen Fragen verhalten? Das Militär wird in Zukunft eine Schlüsselrolle spielen. Nicht nur weil Chávez selbst militärisch geprägt ist, sondern weil der Verfassungs- und Politikwandel das Land vor eine Zerreißprobe stellen kann. Dazu ist er bereit. Jemand wie er, der bereits einmal die Verantwortung für einen Putsch übernahm, ihn ausführte und damit auch die Opfer verantworten muß, hat eine innere Entscheidung getroffen, die schwerwiegender ist, als „nur“ eine Verfassungsreform. Chávez selbst hat das mehrmals betont. Deshalb gibt es für ihn kein zurück. Deshalb prallt manche Kritik an ihm ab, erreicht ihn nicht. Es wird wichtig sein, sich auch mit diesem Aspekt seiner Politik und seiner persönlichen Haltung zu befassen.

■ **Möglichkeiten internationaler politischer Kooperation**

Die internationale Kooperation muß daher nicht nur auf die Lösung der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise ausgerichtet sein, sondern auch die Frage des Rechtsstaats, der Demokratie mit Gewaltenteilung und Minderheitenschutz umfassen. Chávez hat im Wahlkampf und auch danach immer wieder betont, daß die Macht wieder an das Volk zurück gegeben werden muß. Hierzu soll die „vierte Gewalt“, die *moral del pueblo* installiert werden. Wie, mit welchem Apparat, mit welchen Befugnissen – diese Fragen sind noch zu klären. Kein Zweifel, daß angesichts des inneren Zustandes des Landes tiefgreifende Reformen dringend notwendig sind. Zu beachten ist nur, daß diese Reformen in einem demokratisch-rechtlich einwandfreien Rahmen erfolgen.

Schwierigste wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen, ein zu einer einschneidenden Verfassungsreform entschlossener Präsident und eine ungewisse politische Zukunft prägen das Venezuela von heute.